



RUNDBRIEF

Umweltschutzforum

Schacht Konrad - Salzgitter e.V.

Dezember 1982 ?

NR. 8

Inhalt:

- An die Mitglieder S. 2
- Diskussion im Forum über die Demo S. 3
- Bleckenstedt nach der Demo S. 4
- Leserbriefe und Kommentare zur Demo in der SZ S. 6
- Gök-Gutachten S. 9
- Kommentar Falschmeldung in der SZ S. 11
- WAA in Salzgitter ? S. 12

ALL UNSEREN MITGLIEDERN UND MITSTREITERN EIN FROHES WEIHNACHTSFEST UND EIN GUTES JAHR 1983



Das besondere
Geschenk

Liebe Mitglieder,

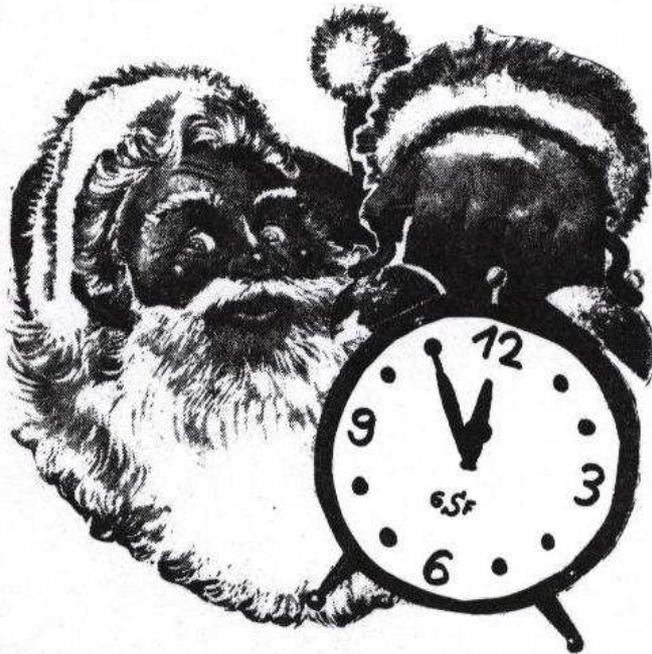
dieser 8. Rundbrief erscheint nun kombiniert mit dem 7., der durch die Schwierigkeiten in der Druckerei erst in den letzten Tagen fertig wurde, obwohl er noch vor der Demo am 30.10. für den Druck vorlag. Er sollte zur sachgerechten Auseinandersetzung im Vorfeld der Demonstration beitragen. Jetzt hilft er, durch den 8. ergänzt, die Nachbereitung besser zu verstehen und gehört somit in die Berichterstattung um die Auseinandersetzungen.

In der Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung stand, um ihn zu erstellen, geriet er nicht allzu umfangreich. Einige zugesagte Beiträge von Mitgliedern blieben leider noch aus und werden im nächsten Brief Berücksichtigung finden. Über zunehmende Beteiligung unserer Mitglieder an der Gestaltung der Rundbriefe würden wir uns sehr freuen. Es sind schon positive Ansätze zu spüren, bitte weiter so!

Zu den Schwerpunkten in diesem Rundbrief:

Wie schon anfang erwähnt, geht es hauptsächlich um die Nachbereitung der Demonstration aber gleichzeitig auch um die laufende Diskussion des zweiten Gutachtens durch die GÖK (Gruppe Ökologie, Hannover).

Für das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel wünschen wir alles Gute und für das Jahr 1983 eine erfolgreiche Auseinandersetzung in den Bemühungen, die Endlagerung im Schacht Konrad zu verhindern.



Glücklich über die Ausschreitungen am 30.10. war wohl niemand. Nur in der Einstellung hierzu gab es im wesentlichen zwei Positionen. Die einen befürchten den Rückgang von Sympathien aus der Bevölkerung für die Anti-Konrad-Bewegung. Die zukünftige Arbeit würde hierdurch sehr erschwert, eine Distanzierung vonnöten. Die anderen können die Wut mancher Demonstranten verstehen, und glauben nicht an eine Distanz der sympathisierenden Kreise. Selbst die gut besuchte Veranstaltung in Bleckenstedt am 9.11. "Aussprache über die Demo mit der Blst. Bevölkerung" (siehe S. 4) wurde unterschiedlich bewertet. Zum einen wurde selbstverständlich deutlich, daß große Teile der Bevölkerung Gewalt ablehnen (zumindest was Demos angeht), aber die gute Teilnahme an der Aussprache kann auch als Bereitschaft zur Verständigung und Auseinandersetzung gedeutet werden.

Kritisiert und beklagt wurde die sehr schlechte Organisation der an der Demo maßgeblich beteiligten Gruppen. Dies führte unter anderem zum Verzicht auf die Abschlußkundgebung am vorgesehenen Ort. Nach dem offiziellen Beenden der Demo, wäre eine Koordination nötig gewesen, um einen geordneten und geschlossenen Rückzug zu gewährleisten. Durch das unentschlossene Verhalten der örtlichen Gruppen, konnten die kleinen militanten Gruppen den Großteil der Demonstration und der Aktionen bestimmen. Dieser Mangel wurde schon in Lebenstedt auf der Auftaktkundgebung deutlich, als diese - auf Druck kleiner entschlossenerer Gruppen - abgebrochen wurde.

Am Rande gab es eine Reihe von völlig unüberlegten Aktionen, die besser unterblieben wären - oder hätten verhindert werden müssen. Das betrifft zum Beispiel die Zerstörung eines Fußweges, Sprühaktionen an Privathäusern und dem Feuerwehrgerätehaus in Bleckenstedt.

So gesehen konnte das Angebot der Grünen und anderer - das Anti-Atomenergiefest - nicht als Spaltungsversuch gewertet werden. Aber auch hierüber gingen die Meinungen auseinander. Es überwog die Ansicht, die Demo habe unserem Anliegen eher geschadet, nicht zuletzt wegen der Sensationsberichterstattung der Presse. Daß diese Wirkung von den Endlager-Interessenten erwünscht ist, und bei Bedarf auch von der Polizei provoziert wird, geht aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau hervor (siehe S. 13). Da der Vorwurf der "Sensationslüsternheit" auch den zuschauenden Demonstranten gemacht wurde, schloß sich eine kontroverse Diskussion über das eigene Verhalten auf dieser Demonstration an.

Auf jeden Fall wird die Demonstration am 30.10.82 Auswirkungen auf alle folgenden Massenprotest-Aktionen in Salzgitter haben.



Bleckenstedt nach der Demo

Aussprache mit Bleckenstedter Bürgern



Ca. 40 Einwohner aus SZ-Bleckenstedt beteiligten sich am 9.11. an einer dreistündigen Diskussionsrunde (Thema: Demo vom 30.11.), die im Saal der Gaststätte Heinemann stattfand.

Zu Beginn verurteilten einige Anwesende die gewalttätigen Auseinandersetzungen am Schachtgelände und beklagten Wandmalereien am Feuerwehrgerätehaus, der Bushaltestelle sowie (19+7 private) zerbrochene Gehwegsteinplatten.

Daraufhin wurde erwidert, daß es der Demonstrationsleitung nur im begrenztem Maße möglich sei Übergriffe auf Privateigentum zu unterbinden. In Anbetracht einer bevorstehenden massiven atomaren Bedrohung seien die angerichteten Schäden eher geringfügig. Demonstranten, die Spitzhacken oder ähnliches Werkzeug mitführten, hatten sich eine Besetzung des Schachtgeländes zum Ziel genommen, um die (täglich andauernden) Ausbauarbeiten zu behindern und so ein Moratorium zu erwirken, welches am Beginn eines "echten" Bürgerdialogs stehen müßte. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß im Vorfeld der Demo die Landesregierung (Möcklinghoff:"Schlacht am Schacht") eine Demonstration am Schachtgelände von vornherein in die Nähe von gewalttätigen Ausschreitungen gesetzt hat. Die Anbringung einer Kamera sowie die Stationierung mehrerer Hundertschaften auf dem Schachtgelände zeugen davon, daß gewalttätige Auseinandersetzungen geradezu erforderlich wurden.

Eine Abschlußkundgebung auf dem Sportplatz sei irrational, da sich die Demonstration gegen die Atommüllagerung in Konrad richte und am Schachtgelände die Tragweite solch eines Vorhabens mit all seinen Auswirkungen (Transportwege, Atomstaat etc.) deutlich werde.

Allgemein wurde festgestellt, daß durch die Ereignisse am 30.10. Schacht Konrad das erste Mal bundesweit in der Presse erwähnt wurde. Die Berichte beschränkten sich allerdings auf eine sensationslüsterne Darstellung der Gewalttätigkeiten. Lediglich im ARD-Programm ist die Kundgebung am Rathausplatz erwähnt worden. Auch die Berichterstattung der Lokalpresse sei nicht geeignet sich ein objektives Meinungsbild über Schacht Konrad zu bilden.

Ein Schwerpunkt der Diskussion lag in der Gewaltfrage. Die Zerstörung der Zufahrtswege zu Konrad wurde als symbolischer Akt aufgefaßt. Grundsätzlich seien die Beschädigungen wieder zu beseitigen, eine derartige Aktionsform wurde jedoch nicht ausdrücklich abgelehnt. In erhitzter Atmosphäre diskutierten die Teilnehmer u.a. über die



Frage einer Gewaltdefinition (beginnt Gewalt beim Steine schmeißen oder bei der nicht rückholbaren "Versuchsendlagerung" in Asse II • vollendete Tatsache?) und deren legitimen Anwendung (welche demokratischen Möglichkeiten besitzen Konrad-Gegner zur Verhinderung einer Endlagerstätte?). Hier lassen sich keine klaren Positionen feststellen, da das Gewaltverständnis sehr unterschiedliche Formen aufweist.

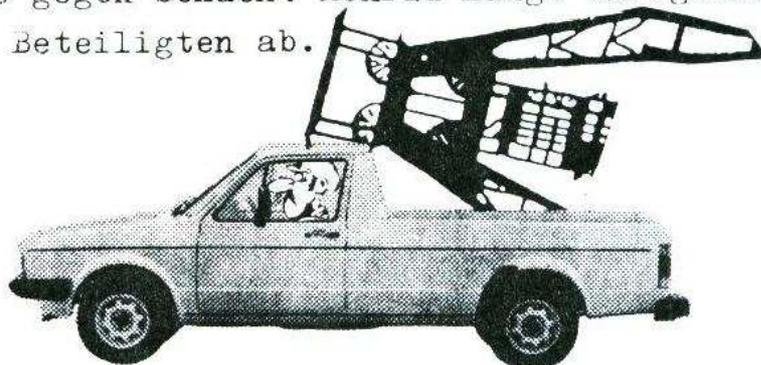
Desweiteren wurde versucht die widersprüchlichen Vorfälle in einem Lebenstedter Einzelhandelsgeschäft aufzuklären. Es stellte sich heraus, daß diese Vorfälle mit der Demonstration nicht direkt in Verbindung standen.

Einige Beteiligte stellten mit Bedauern fest, daß teilweise die Zusammenhänge um Schacht Konrad nur unzureichend bekannt sind und Informationsveranstaltungen bisher nur mangelhaft wahrgenommen wurden. Es wurde appelliert derartige Veranstaltungen zu besuchen und durch sein eigenes Verhalten nicht gedankenlos an der Problematik der Energiever/entsorgung vorbeizugehen.

Nach der zum Teil recht heftigen Kritik am Ablauf der Demonstration tauchten Fragen auf, welche Vorstellungen bei der Bleckenstedter Bevölkerung bezüglich dem Widerstand gegen Konrad bestehen. Leider sind hierzu keine konkreten Vorschläge gemacht worden. Festgestellt wurde, daß nur eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Konrad-Gegner eine Atommüllagerung verhindern kann.

Als erster Schritt zu einer weiteren Aufklärungsarbeit wurde beschlossen, sobald wie möglich eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen einer Schachtbefahrung durchzuführen, wo interessierte Einwohner von Bleckenstedt die Möglichkeit erhalten, zusammen mit Prof. Jens Scheer und der Belegschaft von Schacht Konrad zu diskutieren. Entsprechende Listen werden noch ausgelegt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Teilnehmer Großdemonstrationen zwar für notwendig halten, jedoch die Anwendung jeglicher Gewalt ablehnen, da es sich nicht gehört. Aktionsformen wie z.B. die Schachtbesetzung finden eher Zuspruch. Eine Verbreiterung des Widerstandes gegen Schacht Konrad hängt weitgehend von den Aktivitäten aller Beteiligten ab.



Den „Demo-Schaden“ wieder gutmachen

Zum Bericht „26 000 Mark Schaden durch Demonstration“ in der SZ vom 11. November: „Zur Kostendeckung der Schäden anlässlich der ‚Schlacht am Schacht‘ würde ich den beiden Ratsherren der Grünen doch empfehlen, daß sie in der nächsten Ratssitzung einen Antrag einbringen und die Verwaltung bitten, monatlich 270 DM von ihrer Aufwandsentschädigung für Ratsherren einzubehalten. Da beide Ratsherren schon einmal einen Antrag auf Senkung der Aufwandsentschädigung gestellt haben und wohl gern auf diese 60 Prozent der Entschädigung verzichten würden, wäre hiermit bei einer Zahlung für den Rest der Wahlperiode in 48 Monaten der Betrag von 26 000 DM erreicht. Vielleicht machen dann auch die anderen Mitveranstalter wie Juso und Lebenstedt-Gruppe mit

und tragen ihren Anteil. Vielleicht könnte ja auch der Solidaritätsbeitrag, der bei der Kundgebung vor dem Rathaus von den Teilnehmern erbetelt worden ist, für die Deckung der Schäden herangezogen werden.

Dies wäre ein gutes Beispiel und würde der Bevölkerung klarmachen, daß man bei den Grünen auch bereit ist, Verantwortung für eine veranstaltete Demonstration zu übernehmen und nicht hinterher nur zu bedauern. Jeder Mitbürger, der einen Schaden anrichtet, muß auch die Folgekosten tragen.“

Gerhard Modrow, Alte Landstraße 19, Flachstockheim

SZ

Montag, 8. November 1982

Den Mut gehabt, mitzugehen ^{20.11. 92}

Zum Thema „Demo Schacht Konrad“ schreibt Heike Spieker aus Schilde, Hubertusstraße 57:

Ich selbst war mit vielen Bekannten, Freunden und Verwandten als friedliebende Bürger auf dieser Demonstration und auch wir bedauern, daß es zu Ausschreitungen gekommen ist, was jeder von Anfang an gewußt hatte. Trotzdem fanden wir den Mut, gegen die Einlagerung von Atom Müll im Schacht Konrad mit zu demonstrieren. Ich muß bekennen, daß mir und anderen nicht sehr wohl war beim Anblick mancher militanter Erscheinungen. Jedoch wußten ich und diejenigen, die mit uns gingen, daß wir friedliche Absichten vertreten und auf diesem, dem momentan einzigen Weg, zeigen können, daß das Problem „Atom Müll“ nicht über unsere Köpfe hinweg entschieden werden kann.

Je mehr Menschen also ihre Angst bekämpfen und mit auf Demonstrationen gehen, um ihren Unmut friedlich zu zeigen, je eher werden unsere Politiker davon zu überzeugen sein, daß es nicht nur „Chaoten“ und „unmündige Bürger“ gibt.

angegriffen von den Militanten. Das Organisationskomitee, die Leitung und die Verantwortlichen für die Demo haben völlig versagt!

Dabei wäre es, bedingt durch die schmalen Straßen, ein leichtes gewesen, mit einigen hundert friedlichen Demonstranten die „Militanten“ zu stoppen oder zu neutralisieren.

Ich, engagierter Naturschützer und Atomkraftgegner, distanziere mich hiermit in aller Öffentlichkeit von diesen gewalttätigen Gruppen und hoffe, daß dies auch von den anderen teilnehmenden Initiativen geschieht.

Die Grünen möchte ich bitten, nie zu vergessen, daß Gewaltfreiheit eine der vier tragenden Säulen ist.

Achim Franke, Cremlingen-Gardessen

Unvollständig berichtet

Mit Ihrer Berichterstattung in Wort und Bild über die Demonstration von Atomkraftwerksgegnern gegen das geplante Atom Müll-Lager Schacht Konrad kann ich einfach nicht einverstanden sein. Mir scheint, daß Ihre Zeitung eine ganz bestimmte Meinungsbeeinflussung der Bevölkerung zwischen Harz und Heide betreiben will.

Warum bringen Sie nichts Ausführliches über die Kundgebung selbst vor dem Rathaus in SZ-Lebenstedt, die Sprecher, deren Namen, Herkunft und Fachkompetenz, nebst einem Kurzinhalte ihrer Reden? Das ist doch sonst in Ihrer Zeitung üblich! Z. B. die prägnante Rede des Physikers Dr. Hirsch, Leiter des Ökologie-Institutes in Hannover, seine Forderung nach einem Zweit- und Gegengutachten von unabhängigen Wissenschaftlern, erstellbar für nur 150 000 DM, was bisher vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) abgelehnt wurde, wohingegen das Pro-Gutachten der vom BMFT beauftragten Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Braunschweig bislang mehrere Millionen DM an Staats- und Steuergeldern verschlungen hat.

Klaus Hoenen, Braunschweig

Keine Verbindung

Mit großer Empörung habe ich den Kommentar „Das Maß lief über“ in Ihrer Zeitung vom 1. November gelesen. Bewußt wird in diesem Kommentar versucht, eine Verbindung zwischen den Hunderttausenden Kollegen, die in der ganzen Bundesrepublik gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit demonstrieren, und einer kleinen Gruppe von Steinwerfern in Salzgitter zu konstruieren. Nach dem Motto: „Wenn ihr so weiter macht, so werdet ihr auch dort landen.“

Gegen diesen beleidigenden Kommentar protestiere ich als Teilnehmer der DGB-Protestkundgebung in Hannover mit aller Entschiedenheit.

Bezeichnend ist auch, daß die DGB-Großdemonstration Ihnen als Meldung nur einen Zweispalter wert war, während die um vieles kleinere Demonstration in Salzgitter aber auf zwei Seiten breitgetreten wurde. Natürlich unter genüßlicher textlicher und bildlicher Ausmalung von Gewalttätigkeiten.

Christian Schwarzenholz, Braunschweig

Nur Platz für neue Schmierereien? ^{10.11.92}

Zu dem Artikel „Die Polizei ging fair vor“ vom 5. November meine ich, die Beseitigung der Schmierereien bedeutet doch, daß wieder Platz für neue gemacht wird. Warum läßt man sie deshalb nicht stehen für diejenigen, die wieder öffentliche und private Einrichtungen für ihre Informationen nutzen möchten (an unserem Zaun wurde auch der Versuch unternommen) und sich dann erst selber wieder neue freie Flächen schaffen müßten. Sind verschmierte Wände wirklich eine Verschmutzung der Umwelt — können sie nicht auch vielmehr eine Erinnerung an Salzgitters erste Demonstration bleiben? Ob ich mit meiner Meinung wirklich allein dastehe? Ulrike Paul

Unter den Pfählen 28
Salzgitter 21

Die Leitung hat versagt

Obwohl allgemein bekannt war, daß am Schacht Konrad mit Gewalttätigkeiten und Demolierungen zu rechnen war, riefen verschiedene Gruppen wie Die Braunschweiger Friedenstag, Die Grünen, Die Jusos, Die Autonomen u. a. zu dieser Demonstration bis zum Schacht Konrad auf. Nachdem die Kundgebung in Salzgitter-Lebenstedt und die Demonstration bis Engelnstedt friedlich verlief, so veränderte sich das Bild schlagartig durch ca. 600 „Autonome“, K-Gruppen, Vermummte und Bewaffnete. Schon in Engelnstedt kam es zu ersten Ausschreitungen mit Bauern, Presseleuten und Geschäftsleuten.

Ich war ständig an der Spitze der Autonomen und versuchte immer wieder, Demolierungen von Verkehrsschildern zu verhindern. In Bleckenstedt begaben sich die friedlichen Demonstranten zum Antiatomfest, während die Gewalttätigen im Ort Barrikaden bauten, Steine und Tränengas gegen Polizeibeamte und NDR-Fahrzeuge warfen, Straßenschilder beschädigten und für Tausende von Mark Schaden anrichteten.

Leider war ich einer der wenigen, die es wagten, etwas dagegen zu unternehmen, dabei wurde ich auch tätlich

Briefe an die SZ

18. Noch einmal: 11. 82. „Konrad-Demo“

Zum Leserbrief des Herrn Modrow in der Salzgitter-Zeitung, Ausgabe vom 12. November, möchte ich folgendes erwidern:

Wer eine politische Richtung, die ihm falsch zu sein scheint, unwirksam machen will, der muß sich nicht gleich ihrer Anhänger entledigen, sondern die Wurzel des falschen Konzepts aufdecken und ein besseres Modell aufstellen helfen. So gesehen erscheinen die Ausführungen des Herrn Modrow, CDU, jeglicher Orientierung zum Grundgesetz, hier Demonstrationsrecht, verloren gegangen zu sein.

Daß wohl jedermann die Ausschreitungen bei dieser Demonstration verurteilt, bedarf hier keiner weiteren Erläuterung. Immer wird es gegenteilige Meinungen geben, auf allen Feldern des Lebens. Das ist gut so, denn nur aus der Spannung kommt Bewegung und Leben. Aber sobald das Gespräch abreißt, tritt Gewalt an seine Stelle.

Der Mensch ist der Wolf des Menschen. Muß das so sein? Ich würde gerne ausrufen: Nein! Das muß so nicht sein. Das darf so nicht sein. Herr Modrows politische Form der Toleranz ist die Demokratie, in der alle Meinungen geduldet und in Betracht gezogen werden. Ich fordere Herrn Modrow auf, wenn ihm Tatbestände bekannt sind, daß Ratsvertreter der Grünen Rechtsbrüche begangen haben sollten, diese schnellstens bei der Polizei anzugeben.

Dieter Wiegand
Bärentörn 36, Salzgitter 1

*

Daß nach den gewaltsamen Ausschreitungen am Rande der Schacht-Konrad-Demonstration manche Politiker endlich einen einfachen Weg

gefunden haben, die Grünen fortlaufend in Mißkredit zu bringen, obwohl sie ja nun wahrlich keine Verantwortlichen der gewalttätigen Auseinandersetzungen waren, ahnte ich schon vorher. Daß dabei auch originelle Böcke wie der von Herrn Modrow geschossen werden, ahnte ich schon weniger.

Sein überaus detaillierter Vorschlag sieht vor, daß die zwei Ratsherren der Grünen die Hälfte ihrer Aufwandsentschädigung bis Ende der gewählten Legislaturperiode abführen sollten, um die Demonstrationsschäden zu begleichen. Ein derartiger Vorschlag würde das Verursacherprinzip ad absurdum führen, da die Grünen für eine gewaltfreie Demonstration aufgerufen und sich entsprechend verhalten haben. Wenn dieses Beispiel Schule macht, müßten die Grünen für alle Schäden aufkommen, die irgendwelche Personen, welche sich als Atomkraftgegner bezeichnen, anrichten. Dieses darf doch wohl nicht im Ernst gemeint sein!

Axel-Kurt Schubert
Wilhelm-Leuschner-Straße 53
Salzgitter 1

*

Der abschließende Satz des Herrn Modrow, nachdem jeder Mitbürger, der einen Schaden anrichtet, auch für die Folgekosten aufkommen muß, ist durchaus angebracht. Die Grünen haben hierbei kein schlechtes Gewissen, da sie keinen Schaden angerichtet haben und alles in ihrer Macht stehende getan haben, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Demgegenüber sollten sich die anderen Parteien einmal Gedanken darüber machen, ob sie gleiches von sich in bezug auf die Einlagerung von Atommüll in der Grube Konrad behaupten können.

Thomas Lingnau
Grüner Brink 10
Salzgitter 1

Schuld auch der Grünen 82

52 6.11.

Das war also die ernsthafte und fundierte Auseinandersetzung, die die Kernkraftgegner in ihren Anzeigenkampagnen um den Schacht Konrad gefordert hatten! Nun weiß auch die Bevölkerung Salzgitters, vor wem sie sich ihrer Gesundheit willen zu fürchten hat! Nicht etwa vor den Kernkraftwerken nebst Entsorgungsanlagen, sondern vor den Kernkraftgegnern einschließlich den „Grünen“.

Jawohl auch vor den „Grünen“, denn sie wirken hauptverantwortlich mit an den Demonstrationen, die ihnen regelmäßig aus dem Ruder laufen. Es sei einmal die Frage erlaubt, wie viele Salzgitteraner — die es ja direkt anging — an dieser „Demo“ teilgenommen haben? Nach den vielen auswärtigen Autokennzeichen zu urteilen, müssen es sehr wenige gewesen sein.

Wenn die Kernkraftgegner ihre „Demos“ nicht kontrolliert organisieren können, dann sollten sie die Finger

davon lassen, dann brauchten sie auch nicht in den Wasserstrahlen der Wasserwerfer zu baden, die ihnen ach so schwere Verletzungen beibringen. Nach den Verletzungen der Polizisten, die auch lieber zu Hause bei ihren Familien sind, als sich mit Demolanten herumzuschlagen, fragt von diesen Leuten sowieso keiner.

Die Demokraten aller Richtungen sind aufgefordert, nach diesen Vorkommnissen noch enger zusammenzurücken und den selbsternannten „Basisdemokraten“ bei kommenden Wahlen den Weg in die Parlamente zu versperren! Der sogenannte „Überwachungsstaat“, den es nach Meinung der „Grünen“ schon heute gibt, wird uns dann erst recht erspart bleiben.

Die Emotionen werden nach diesem ereignisreichen Samstag noch mehr geschürt werden! Wollten die Kernkraftgegner das?

Herbert Körner, Salzgitter 1

Die Jugend muß herhalten

In Ihrer Berichterstattung unter der Schlagzeile „Um 13.47 Uhr flog der erste Stein“ und „Hunderte Kernkraftgegner griffen Polizisten an“ heißt es, daß 25 zumeist jugendliche Gewalttäter festgenommen wurden. Diese Aussage ist falsch. Von den insgesamt 22 Festgenommenen waren nur zwei jugendlich, also noch nicht 18 Jahre alt. Richtig ist, daß die festgenommenen Gewalttäter zumeist über 25 Jahre alt waren. Die „Steinwürfe“ erfolgten also überwiegend durch Erwachsene. Und Sie als Berichterstatter müssen sich die berechtigten Vorwürfe der Jugendlichen, für die ich hier schreibe, gefallen lassen, die Gewalttaten Erwachsener Jugendlichen in die Schuhe geschoben zu haben.

„Jugendliche Gewalttäter“, „Jugendliche Randalierer“, „Jugendkriminalität“ usw. sind geläufige Begriffe und fließen offenbar leicht aus der Feder. Mit Erwachsenen geht man da gern behutsamer um. Und handelt es sich bei den festgenommenen Gewalttätern, wie in Salzgitter, zu etwa 90 Prozent um erwachsene Bürger, so muß immer noch die Jugend herhalten. Wen wundert es da noch, daß der Dialog mit der Jugend gar nicht oder nur schwer zu führen ist.

Gerhard Klippe, Beauftragter für
Jugendsachen
bei der Kriminalpolizei Wolfsburg

Hoffentlich doch notiert

Zu Ihrem erschreckenden Bericht über die Demonstration gegen das Atommüll-Lager in der Schachtanlage Konrad vom letzten Wochenende möchte ich mich hier nur in einem Punkte äußern:

Sie berichten, daß die Polizei u.a. nicht eingeschritten sei, als etwa 120 Autos mit rund 700 Demonstranten aus Braunschweig mit zugeklebten Kfz.-Kennzeichen nach Salzgitter fuhren. Kann man davon ausgehen, daß die Polizei aber doch wenigstens die Kfz.-Kennzeichen notiert hat, um mit entsprechenden Verwarn- oder Bußgeldern zu reagieren? Oder hat man auch dies der „Taktik“ untergeordnet?

Ich würde es jedenfalls sonst nicht verstehen, wenn wir Bürger anlässlich einer Autokontrolle von der Polizei mit einem „Beet“ belegt würden.

Trotzdem: Meine Hochachtung gilt den Polizeibeamten, die sich — wenn andere das wohlverdiente Wochenende genießen — in ihren schweren Diensten dem „Ausmaß der Gewalt und der kriminellen Energie von zirka 1500 Chaoten“ entgegenstellen.

Werner Wethkamp, Braunschweig

Schadensbilanz der Stadt: ⁵² 11.11.82

Demonstration kostete 26 000 DM

Durch die Demonstration vom 30. Oktober, die von Lebenstedt nach Bleckenstedt führte, und die Ausschreitungen in der Nähe von Schacht Konrad sind der Stadt 26 161,09 Mark an Kosten entstanden. Das geht aus einer Aufstellung hervor, die den Mitgliedern des Finanzausschusses jetzt vorgelegt worden ist.

Nach den Ermittlungen der Fachämter summieren sich fast 6000 Mark durch das Aufstellen von Schildern, den Einsatz von Maschinen und Geräten sowie durch Personalkosten für Streckenwarter. Der Materialverbrauch wird mit 16 000 Mark angegeben, denn es mußten beispielsweise eine 285 Meter lange Leitplanke zum Preis von

35 Mark pro Meter ersetzt werden, außerdem 30 Pfosten zu je 60 Mark, 15 Leitpfosten zu 20 Mark sowie 30 Pfosten zu 16 Mark pro Stück. Weitere Kosten entstanden durch den Schaden am Verkehrslenkungswagen sowie für Kleinteile und Zement.

Bisher sind Beschriftungen und Aufrufe zur Demonstration an sieben Wartehallen bekanntgeworden. Die Kosten der Beseitigung der Schriftzüge werden je Halle auf 600 Mark geschätzt, was somit weitere 4200 Mark ausmacht.

„Weitere Ausgaben durch nachträglich festgestellte Schäden, insbesondere Beschriftungen sind nicht auszuschließen. Die Fachämter haben eine Prüfung der Sach- und Rechtslage mit dem Ziel veranlaßt, Strafanzeige zu stellen. Schadenersatzansprüche werden geltend gemacht, wenn Schädiger ermittelt worden sind“, heißt es in der Vorlage an den Finanzausschuß.lem-



Die Woche kritisch gesehen: 6.11.82

Das Bedauern kommt zu spät

Nun ist sie also vorbei, die monatelang angekündigte „Konrad-Demo“ in Salzgitter, und die Bewohner der Stadt haben erlebt, was aus dieser Demonstration geworden ist. Es war eigentlich von vornherein garnichts anderes zu erwarten und das nun nachträglich ausgesprochene Bedauern der Mit-Beteiligten — Umweltschutzforum Salzgitter e.V., Jungsozialisten Salzgitter, die Grünen Salzgitter und die Friedensgruppe Salzgitter — so geschehen in einer Presseinformation vom 2. November über die Zusammenstöße mit der Polizei, kann doch wohl nur eine Schutzbehauptung sein, denn so naïv dürfen die Vertreter dieser Vereinigungen doch wohl nicht sein, als daß sie nicht von Anfang an gewußt hätten, was sie mit der Demonstration in Salzgitter anzettelten. Seit Wochen ist die Konfrontation mit der Polizei generalstabsmäßig vorbereitet worden. In einem Informationsblatt für die Teilnehmer der Demonstration ist zu lesen: „Nehmt unbedingt einen Helm mit, zu eurem eigenen Schutz! Am sichersten sind Motorradhelme mit Ohren- und Nackenschutz. Integralhelme sind nicht so gut, weil man darunter keine Schutzbrille tragen kann, das Visier nicht gasdicht ist und die Bullen einen am Kinnschutz packen können...“ Es sind genaue Hinweise über Schutzbrillen, wetterfeste Kleidung und andere Dinge enthalten... Gegen Tritte in den Unterleib eine Lage Monatsbinden oder Babywindeln bzw. einen Sportlertiefschutz tragen... Es sind Hinweise gegeben, wie sich die Demonstration bei Verletzungen verhalten sollen, was sie tun müssen, wenn sie festgenommen werden, wie sie sich bei der Polizei verhalten sollen. Ein Ermittlungs-Ausschuß unter der Rufnummer 05 31/4 64 45 war eingerichtet, Rechtsanwälte konnten unter einer bestimmten Rufnummer erreicht werden und so weiter und so weiter...

Sind solche Informationen für eine friedliche Demonstration notwendig? Die Veranstalter werden der Öffentlichkeit nicht weis machen können, daß sie dies nicht gewußt haben, daß sie nicht damit rechnen müßten, daß kriminelle Elemente, denen es nicht auf die umstrittene geplante Endlagerung von Atommüll im Schacht Konrad ankam, sondern die die Konfrontation mit der Polizei suchten, in Salzgitter auftauchen würden. Der Landesverband der Grünen hatte in einem von ihrem Pressesprecher Edgar Langer am Tag vor der Demonstration verschickten Fernschreiben allerdings noch einmal auf seine Absicht einer „gewaltfreien Demonstration“ hingewiesen. Er hätte besser daran getan, sich davon zurückziehen, denn er mußte wissen, was am nächsten Tage in Salzgitter passiert. Die Grünen wurden schon auf dem Rathausplatz in Salzgitter ausgelacht, als sie nocheinmal zur Gewaltfreiheit aufrufen. Spätestens aber in Engelstedt hätten die Vertreter die genannten Verbände erkennen müssen, in welche Richtung ihre Demonstration läuft, spätestens hier hätten sie sich von dem Marsch zurückziehen müssen, denn von hier an marschierten verummte und bewaffnete Gruppen an der Spitze des Zuges. Die Veranstalter wurden der Geister, die sie riefen, nicht mehr Herr, aber sie zogen nicht die Konsequenz, sondern marschierten weiter mit. Diese Atomkraftgegner werden mit dieser Demonstration in Salzgitter keine neuen Sympatisanten gewonnen haben, im Gegenteil; die überwältigende Mehrheit der Einwohner ruft nach Gesetzen, die solche Ausschreitungen verhindern. Die Einwohner Salzgitters werden sich fragen, was schlimmer ist; Atommüll im Schacht oder der Mob auf der Straße.

Klaus Karich

Das Problem wird

^{12.11.82} nicht beseitigt

... die Vertreter der genannten Verbände (hätten) erkennen müssen, in welche Richtung ihre Demonstration läuft..., sie (hätten) sich von dem Marsch zurückziehen müssen...“, so der Kernsatz in „Die Woche kritisch gesehen“ vom 6. November. Mit anderen Worten: Friedliche Veranstaltungen — auch in räumlicher Trennung — sollten nur dann abgewickelt werden, wenn auch gewährleistet ist, daß sie friedlich bleiben.

Die Beteiligung der Jungsozialisten an dem Anti-Atomfest als einzige Maßnahme hatte die Absicht, eine inhaltliche und räumliche Abgrenzung vom Geschehen am Schachtgelände vorzunehmen und eine ruhige und sachliche Auseinandersetzung mit dem Problem der Atomenergie zu ermöglichen.

Folgt man jedoch obigem Ratschlag, hieße es auf Großveranstaltungen (zum Beispiel Oktoberfest 1980, verschiedene Fußballspiele) sowie auf das vom Grundgesetz garantierte Demonstrationsrecht zu verzichten. Doch in Zukunft, so ist zu befürchten, werden unter anderem zunehmende Arbeitslosigkeit, der Abbau sozialer Leistungen, sinkende Realeinkommen sowie Rüstung das politische Klima nicht entspannen. Soll dann zum Beispiel auch der DGB auf Kundgebungen verzichten, weil eine kleine gewalttätige Minderheit (die mit Gewerkschaften ebenso wie mit der Anti-Atombewegung nichts gemeinsam hat) diese stören könnte?

Eine solche Forderung nach Verzicht läuft langfristig auf die Aushöhlung demokratischer Rechte hinaus. Darüber hinaus wird nach Ansicht der Jungsozialisten das Problem der Gewalttätigkeit nicht beseitigt. Auch noch schärfere Gesetze sowie die Polizei als Prügelknabe für verfehlte Politik helfen da nicht. Es sind vielmehr unsere Politiker aufgefordert, auf Probleme und Mißstände, die die Ursachen friedlichen Protestes sind, einzugehen. Erst dann wird Gewalttätigen der Nährboden entzogen.

Axel Schmidt, Hinter dem Salze 52, Salzgitter-Bad

SPD will Geld für Konrad-Gutachten

52

23

11

92

Kosten betragen etwa 70 000 Mark — Gegen städtischen Beitrag für DDR-Besucher

Nachdem die Stellungnahmen der Fraktionen im Rat zum Haushalt 1983 vorliegen, über den der Finanzausschuß heute beschließend beraten wird, beschäftigte sich die SPD-Ratsfraktion in ihrer turnusmäßigen Sitzung am Wochenende noch einmal mit den wesentlichsten Ansätzen, bei denen die Auffassungen der Fraktion auseinandergehen.

Im Verwaltungshaushalt sollen nach den Vorstellungen der SPD-Ratsfraktion einige Ansätze zusätzlich gekürzt, andere aber geringfügig erhöht werden. Widersetzen wird sich die SPD-Ratsfraktion dem Antrag der CDU, 25 000 Mark Zuschüsse einzusetzen für Besucher aus der DDR. Das wäre der Anteil, den die Stadt bislang zu dem, was Bund und Land als sogenanntes Besuchsgeld für Reisende aus der DDR gezahlt haben, zu tragen hatte.

Eine längere Diskussion ergab sich bei der Frage, ob die Stadt Salzgitter ein zusätzliches Gutachten der Gruppe Ökologie zum Abschlußbericht Schacht Konrad in Auftrag geben soll, nachdem die Landesregierung die Übernahme der Kosten abgelehnt hat, wie aus dem Schreiben zu entnehmen war, das der zuständige Minister Hasselmann an den Oberstadtdirektor gerichtet hatte.

Die SPD-Ratsfraktion hatte in der Augustsitzung mit einem Antrag die Verwaltung aufgefordert, bei der Landesregierung anzufragen, ob sie die Kosten für ein derartiges Gutachten übernehme. Das Antwortschreiben der Regierung ist in seinen wesentlichsten Punkten bereits von der Salzgitter Zeitung veröffentlicht worden. Da es eine Beteiligung des Landes an den Kosten ausschließt, müsse jetzt, so Fraktionsvorsitzender Günter Klapproth, entschieden werden, ob die Stadt den erforderlichen Betrag von 70 000 Mark allein aufbringen wolle, was angesichts der Finanzsituation keine leichte Entscheidung sei.

Hier gehe es um die Sicherheit der Bevölkerung unserer Stadt, für die alles getan werden müsse. In dem Abschlußbericht zum Schacht Konrad seien einige kritische Punkte, die beleuchtet werden müßten. Man sollte, hieß es in der Diskussion der SPD-Ratsfraktion, lieber 100 Fragen zu viel, als eine zu wenig stellen. Am Ende war sich die Fraktion mehrheitlich einig, den Antrag auf Leistung einer überplanmäßi-

gen Ausgabe für 1982 zustellen, damit die Auftragsvergabe für dieses Gutachten noch im Dezember erfolgen kann.

Unverständnis löste bei der SPD-Ratsfraktion der Antrag der Grünen aus, auf den Kauf des Mähbootes für den Salzgittersee zu verzichten. Die SPD-Fraktion sei zwar auch nicht erfreut über diese beträchtliche Ausgabe, wenn aber der See als Bade- und Erholungsgebiet für die salzgitterische Bevölkerung erhalten bleiben soll, müsse in diesen sauren Apfel gebissen werden, hieß es in der Stellungnahme.

Der als Gast der Sitzung der SPD-

Fraktion beiwohnenden Oberstadtdirektor gab seine Vorstellungen bekannt, wie nach dem Ausscheiden Dr. Scholles aus den Diensten der Stadt dessen Dezernat auf die übrigen aufgeteilt werden soll. Wie erinnerlich, hatte die SPD-Ratsfraktion angesichts der notwendigen Einsparungen im Haushalt 1983 sich dafür ausgesprochen, die freiwerdende Dezernentenstelle zunächst nicht wieder zu besetzen. Diesem Vorschlag hatten sich die beiden anderen Fraktionen angeschlossen, so daß der Oberstadtdirektor mit seinem Dezernentenkollegium gehalten war, eine neue Dezernatsverteilung vorzunehmen. Nach kurzer Diskussion in der Fraktion stimmte sie den Absichten des Verwaltungschefs zu.

Die Woche kritisch gesehen:

4.12.82

„Unabhängiges“ Gutachten?

Eine Auseinandersetzung steht dem Rat der Stadt wahrscheinlich noch für diese Sitzung in diesem Jahr, am 21. Dezember, bevor. Nach bisherigen Informationen will die SPD-Fraktion einen Antrag im Rat einbringen, noch bis Ende dieses Jahres, 70 000 Mark für ein Gutachten der Gruppe Ökologie in Hannover zum Endbericht der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) über die Eignung der Schachtanlage Konrad als Endlager bereitzustellen. Die CDU-Ratsfraktion ist bisher gegen einen solchen Antrag, die Grünen wollen den SPD-Antrag unterstützen. Dies hat die Fraktion der Grünen kürzlich erklärt. Sie hatte im Finanzausschuß selbst ihren Antrag zurückgezogen, nachdem bekannt geworden war, daß die SPD-Ratsfraktion einen solchen Antrag stellen will.

Die unterschiedlichen Meinungen zu diesem Komplex haben verschiedene Gründe. Wie bekannt, ging es bisher um die Frage, ob die Landesregierung ein weiteres Gutachten zu Konrad in Auftrag geben wird oder nicht, wobei die Bezeichnung „Gegengutachten“ oder „unabhängiges“ Gutachten immer wieder verwandt wurden. Davon wollte die Stadt Salzgitter es abhängig machen, ob sie selbst ein Gutachten in Auftrag geben sollte, weil die Stadt Salzgitter als Gebietskörperschaft unmittelbar von der eventuellen Entlagerstätte betroffen ist. Nachdem nun der Minister für Bundesangelegenheiten in Hannover, bei dem jetzt die Bearbeitung des beantragten Planfeststellungsverfahrens liegt, eindeutig erklärt hat, daß die Landesregierung bereit ist, Sachverständige und Sachverständigenorganisationen zur Beurteilung geowissenschaftlicher, bergtechnischer und nuklearspezifischer Aspekte hinzuzuziehen, auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Wilhelm Schmidt im Landtag aber ebenso deutlich darauf verwies, daß die Planfeststellungsbehörde nur solche Wissenschaftler als Sachverständige hinzuziehen werde, die über die notwendige Sachkunde verfügen und die zu einer objektiven Wahrheitsfindung beitragen können, dürfte die Gruppe

Ökologie in Hannover aus dem Rennen sein. Es erhebt sich tatsächlich die Frage, wie unabhängig die von der Kernkraftgegenseite immer ins Feld geführte Gruppe Ökologie in Hannover in dieser Sache tatsächlich ist. Von den Kernkraftgegnern werden die Mitglieder dieser Gruppe immer als „unabhängige kritische Wissenschaftler“ dargestellt.

In diesem Ruf scheinen sie bei der Landesregierung aber nicht zu stehen. Und wer die Ausführungen von Dr. Helmut Hirsch auf der Kundgebung vor der Konrad-Demonstration am 30. Oktober auf dem Rathausplatz gehört hat, wird sicher nicht geneigt sein, Dr. Hirsch in der Frage der Atomenergie als unabhängig zu bezeichnen. Er hat sich eindeutig als Gegner der Atomenergie zu erkennen gegeben, was durchaus nichts verwerfliches ist, es steht jedem Bürger dieses Staates frei, seine eigene Meinung zu diesem Komplex zu haben und diese auch zu vertreten. Die Frage ist nur, ob von einem erklärten Atomkraftgegner ein unabhängiges Gutachten zum Konrad-Endbericht zu bekommen ist, oder ob hier nicht von vornherein das Ergebnis dieses Gutachtens schon abzusehen ist. Oberbürgermeister Rückert hat es kürzlich in Bleckenstedt deutlich ausgesprochen, daß Gutachten von Insituten, deren „Einstellung zur Kernenergie man schon von vornherein kenne, wertlos seien und die Bezahlung solcher Gutachten hinausgeworfenes Geld sei. Es wird sicher ernstlich darüber zu reden sein, ob nun ausgerechnet die von finanziellen Nöten geplante Stadt Salzgitter noch in diesem Jahr 70 000 Mark für ein solches Gutachten bereitstellen muß oder ob die weitere Entwicklung noch abgewartet werden sollte. Minister Hasselmann hat in seinem Schreiben an die Stadt Salzgitter darauf hingewiesen, daß die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren nicht vollständig seien und daß deren Kompletierung noch mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen werde. Warum also jetzt eine solche Entscheidung der Stadt Salzgitter?

Klaus Karich

Ich bin auch gegen abhängige Gutachten ... gegen das der GSF zum Beispiel...



SPD stellt Antrag für Gutachten 7.12.82

Ratsfraktion will außerplanmäßige Ausgabe — Bei Energiekosten mit Verwaltung einig

Auf der Tagesordnung der letzten Ratssitzung in diesem Jahr am 21. Dezember wird ein Antrag der SPD-Ratsfraktion stehen, der dem Rat die Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 69 500 Mark für die Beauftragung der Gruppe Ökologie zur „Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der Eignungsprüfung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“ abverlangt.

Das beschloß die SPD-Ratsfraktion in ihrer Sitzung am vergangenen Wochenende. Zur Begründung dieses Antrags führte Fraktionsvorsitzender Günter Klapproth aus, daß der Auslöser für diesen Antrag das Antwortschreiben des niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten vom 29. Oktober gewesen sei, in dem erwähnt sei, daß die Genehmigungsbehörde ein Gutachten einer der Kernenergie kritisch gegenüberstehenden Stelle nicht einholen will.

Diese ablehnende Haltung sei bei der Verabschiedung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes nicht zu erwarten gewesen. Es konnte vielmehr davon ausgegangen werden, daß das Ministerium seinerseits ein kritisches Institut mit der Überprüfung des Abschlußberichtes der GSF beauftragen würde. Insofern sei die Erforderlichkeit der Leistung nicht vorhersehbar gewesen und der Antrag auf Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe gerechtfertigt. Für ihre Deckung schlägt die SPD-Ratsfraktion in ihrem Antrag die Inanspruchnahme der Deckungsreserve vor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Ratsherr Georg Obst einen Bericht über die Sitzung des Sportausschusses, in der als wesentlichster Punkt die Beratung über die Erhebung von Energiekostenbeiträgen auf der Tagesordnung gestanden habe. Er erläuterte den Fraktionsmitgliedern die Vorlage der Verwaltung. Sie sieht vor, daß die Benutzer städtischer Sportplätze mit Flutlichtanlagen ein Entgelt von fünf Mark je Stunde für die anfallenden Stromkosten zu entrichten haben. Außerdem sollten die Sportvereine in Salzgitter, die Turnhallen benutzen und die Duschanlagen in Anspruch nehmen, dafür eine nach Teilnehmerzahl gestaffelte Gebühr von drei bzw. fünf Mark entrichten.

An der Diskussion um diesen Punkt beteiligte sich auch der als Gast in der Sitzung anwesende Oberstadtdirektor. Dr. Hendrik Gröttrup unterstützte den Verwaltungsvorschlag mit dem Hinweis auf die immensen Kosten, die für die Stadt gerade hier entstünden. Die Verwaltung sehe aber vor allem das erzieherische Moment bei einer solchen Maßnahme im Vordergrund, wenn es dadurch gelänge, den Energieverbrauch deutlich zu senken. Der Oberstadtdirektor gab außerdem den Hinweis, daß die Stadt Braunschweig eine ähnliche Lösung gefunden habe.

Die Ratsherren Dieter Wiegand, Walter Stübzig, Wolf-Tammo Köhne, Klaus Steffen, Fritz Arit und Peter-Jürgen Schneider beleuchteten in ihren Diskussionsbeiträgen die wichtigsten Aspekte einer solchen Regelung, wobei sich Walter Stübzig dafür aussprach, die

Jugendlichen und Schüler auszuklamern.

Nach längerer Diskussion wurde dem Vorschlag der Verwaltung mit einigen Korrekturen entsprochen. Nach dem Vorschlag der SPD-Ratsfraktion soll es bei fünf Mark je Nutzungsstunde für Flutlicht bleiben. Für das Duschen in städtischen Turn- und Sporthallen soll ein einheitlicher Satz von vier Mark je Gruppe ohne Beschränkung der Anzahl ihrer Mitglieder erhoben werden. Jugend- und Schülergruppen sollten aus dem Katalog ganz herausgenommen werden.

In einer Ergänzung des Verwaltungsvorschlages meint die SPD-Ratsfraktion, daß in den Sommermonaten Juni, Juli und August kein Warmwasser mehr in den Turnhallen vorgehalten werden soll. In der Begründung heißt es, daß in dieser Zeit die Heizungsanlagen der Turnhallen stillgelegt sind. Bei Bereitstellung von Warmwasser für die Vereine müßten die Heizungsanlagen eigens für diesen Zweck in Betrieb genommen werden. Das wiederum bedinge einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand an Energie, der auch durch solche Beiträge nicht im entferntesten zu decken sei.

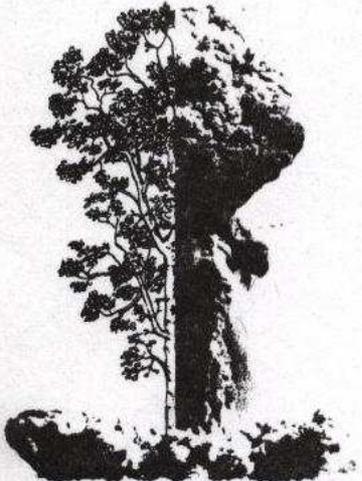


Umweltschutzforum
Schacht-Konrad,
Salzgitter e.V.
Klint 7
3320 Salzgitter 1

Nun sieht es ja wohl so aus, als wenn aus dem Gutachten der Gruppe Ökologie über den Endbericht doch noch was wird. Allerdings wird es nur eine sogenannte Bewertung des Endberichts geben, d. h. daß die Gruppe Ökologie lediglich Schwachstellensuche betreiben kann. Sie wird sich damit begnügen müssen, auf Unvollständigkeiten und eventuelle Fehlschlüsse des Berichterstellers hinweisen zu können. Die CDU und die Salzgitter-Zeitung macht nun kräftig Stimmung gegen das "herausgeworfene Geld" hierfür. Sicher, für 70.000 DM kann man natürlich auch Springbrunnen aufstellen lassen, wie den in der Bocholter-Straße. Aber noch ist nicht abgestimmt, Die CDU will geschlossen dagegen stimmen, und wer garantiert uns, daß nicht vielleicht ein SPD-Ratsmitglied fehlt? Oder auch mehrere? Schließlich war der gute Wille ja da - oder nicht?

Werner Gent

Unzeige



90% könnten überleben!

Bei einem atomaren Angriff
Und 100% bei einem Reaktor-Unfall oder bei
einer Chemie-Katastrophe!

INFORMIEREN SIE SICH!

Unser **ABC-SCHUTZ-KATALOG** bietet Ihnen:

- allgemeine Informationen über ABC-Schutzmöglichkeiten
- Planungshilfe für den Schutzraumbau
- ein komplettes Schutzraum-Ausstattungsprogramm
- die wichtigsten Produkte für den persönlichen Schutz

INGENIEURBÜRO DENZEL
ABC-SCHUTZ-TECHNIK

Postfach 80 02 49 5000 Köln 80
Katalog-Schutzgebühr: DM 5,- (Briefmarken oder Scheck)



Falschmeldung

12.10.82 SALZGITTER-2TG.

Referat über Konrad im Umweltausschuß

Auf Antrag der Fraktion Die Grünen wird sich der Ratsausschuß für Umweltfragen in seiner öffentlichen Sitzung am Mittwoch, 13. Oktober, um 15 Uhr im Sitzungszimmer 68 ein Referat von Dr. Hirsch von der Gruppe Ökologie Hannover zur Schachtanlage Konrad anhören.

Weiter stehen auf der Tagesordnung der Bebauungsplan Leb 82 für Lebstedt-Alt (südlicher Teil), die zehnte Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Bl 1 für Blakenstedt-West, der Bericht zum Landschaftsrahmen für das Gebiet der Stadt Salzgitter, die Beschaffung von Wald für die Erhaltung von Anlagen sowie die Beantwortung von Anfragen (Definitiv) zum Begriff Großgrün).



Helmut Hirsch war ganz überrascht, als er am 30.10. erfuhr, was er am 13.10. getan haben soll.

Dr. Lamberg: Dragahn als Standort vorgesehen

BZ 15.12.82

Keine Atommüll-Wiederaufbereitung in Salzgitter

„Der hiesige Raum ist politisch nicht im Gespräch.“ Das erklärte Stadtdirektor Dr. Peter Lamberg in der Ratssitzung am Dienstag als Antwort auf eine Anfrage der Fraktion der Grünen. Diese hatte wissen wollen, ob eine Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in Salzgitter und damit in der Region Braunschweig vorgesehen sei.

Dr. Lamberg verwies auf Erklärungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht, wonach eine derartige Anlage in Dragahn (Landkreis Lüchow-Dannenberg) errichtet werden sollte. Bei einer Probeabstimmung habe sich zudem die Mehrheitsfraktion des Kreistages des Krei-

ses Lüchow-Dannenberg für diesen Standort ausgesprochen.

Der Stadtdirektor teilte in diesem Zusammenhang mit, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) habe bestätigt, im Schacht Konrad in Salzgitter sollen nur schwachradioaktive Abfälle und Abfälle aus der Stilllegung von Kernkraftwerken eingelagert werden. Als Endlager für hochradioaktive Abfälle seien Salzstöcke in Gorleben vorgesehen.

Dr. Richard Goedeke, Vorsitzender der Fraktion der Grünen, hatte bei der Begründung der Anfrage gesagt, es gebe „keine Wiederaufbereitungsanlage der Welt, die funktioniert.“ heu

Briefe an die SZ

3.12.82

Anfrage deutlich beantwortet

„Die in dem Artikel die Grünen sind verwundert in der Salzgitter-Zeitung vom 30. November enthaltenen Aussagen aus der jüngsten Sitzung der Ratsfraktion der Grünen über ein nuklearindustrielles Recycling-Projekt in Salzgitter müssen korrigiert werden.

Der Vorwurf, ich hätte während der Ratssitzung am 24. November die entsprechende Anfrage der Ratsfraktion der Grünen zu diesem angeblichen Recycling-Projekt für edelmetallische Stoffe aus der Nuklearindustrie leichtfertig behandelt, entbehrt jeder Grundlage und wird zurückgewiesen. Ich habe in meiner Beantwortung deutlich gemacht, daß der Verwaltung keine Überlegungen bekannt sind, in Salzgitter eine Anlage zur Absonderung von Edelmetallen aus der Nuklearindustrie zu erstellen. Eine ergänzende Rückfrage bei der in der Ratsanfrage genannten Salzgitter AG ergab, daß dort solche Überlegungen nicht bestehen. Weitere Rückfragen bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und bei den Genehmigungsbehörden für ein mögliches Endlager erübrigen sich daher.“

Dr. Hendrik Gröttrup,
Oberstadtdirektor



Anfang Dezember tauchte das Gerücht auf, die CDU-Fraktion hätte von der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) einen Brief erhalten, in dem angefragt würde, wie die CDU zur Einrichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Salzgitter stünde. Nach unseren Informationen soll es diesen Brief wirklich geben, was von mindestens einem CDU-Mitglied

in einem anderen Zusammenhang bestätigt wurde.

Die Grünen stellten daraufhin eine entsprechende Anfrage im Rat. Die Verwaltung antwortete, sie wüßte von keinen solchen Kontakten. Das mag wahr sein, doch das Gerücht hielt sich, bis eine weitere Meldung in der Braunschweiger-Zeitung stand. Womöglich gibt es keine Pläne über eine Wiederaufarbeitungsanlage, trotzdem werden wir wachsam sein.

SZ
30.11. Die Grünen
82 sind „verwundert“

Die Ratsfraktion der Grünen befaßte sich ihrem Bericht zufolge in ihrer Sitzung wieder einmal mit dem Problem Schacht Konrad. Ratsherr Großmann berichtete, daß die Grünen im Finanzausschuß ihren Antrag, in diesem Jahr überplanmäßig Ausgaben von 70 000 Mark für die Erstellung eines Gutachtens der Gruppe Ökologie einzusetzen, zurückgezogen haben. Man wolle einen entsprechenden Antrag der SPD-Ratsfraktion unterstützen.

Die Ratsfraktion zeigte sich verwundert über die Äußerung des Ministers Hasselmann, der „eine zusätzliche Begutachtung des Abschlußberichtes nicht für erforderlich“ hält, teilt die Fraktion mit. Dem Oberstadtdirektor wird in dem Bericht der Fraktion Leichtfertigkeit in der Behandlung einer Anfrage der Fraktion im Rat der Stadt vorgeworfen. Die Frage, ob der Verwaltung Überlegungen bekannt seien, in Salzgitter ein nuklearindustrielles „recycling-Projekt“ in Angriff zu nehmen, habe der Oberstadtdirektor mit nein beantwortet. Nach Meinung der Grünen gebe es aber Sondierungsgespräche der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mit einer der großen Parteien im Rat der Stadt.

Zwei Besucher aus Braunschweig klingelten. Kay-Uwe C. öffnete das Fenster seiner Wohnung in Hannover. Sie riefen ihm zu: „Guten Abend Thomas, können wir uns noch einmal mit dir unterhalten?“ Er schloß wortlos das Fenster. Offenbar legte er auf weitere Kontakte keinen Wert mehr.

Unter dem Namen Thomas Kalkhoff hatte er sich im Anfang September vorgestellt. Angeblich arbeitete er im Volkswagenwerk. Aber er hatte immer Zeit. Ob morgens, mittags oder abends, Thomas Kalkhoff stand dem Braunschweiger „Arbeitskreis gegen Atomenergie“ für alles zur Verfügung. Er übernahm Besorgungen, Botendienste und auch Schreibarbeiten aller Art und wurde allmählich fast so etwas wie der Sekretär dieser Bürgerinitiative. Lange Zeit ahnten die Umweltschützer nicht, wer ihren fleißigen Helfer besoldete: Das niedersächsi-

sche Landeskriminalamt. Denn dort ist der 27-jährige Kay-Uwe C. Absolvent einer Ausbildung im mobilen Einsatzkommando (MEK), als Beamter tätig.

Am Mittwoch bestätigte Waldemar Burkhardt, Direktor des Landeskriminalamts, auf Anfrage der FR die Einschließung des Beamten in die Bürgerinitiative und wies zur Begründung darauf hin, daß der „Arbeitskreis gegen Atomenergie“ eine Demonstration vorbereitet habe, die dann Ende Oktober in Salzgitter stattfinden und sich gegen die dort geplante Atomülldeponie „Schacht Konrad“ richtete. „Die Polizei muß ja wissen, was aus einer Demo wird, zum Beispiel welche Teilnehmer zu erwarten sind“, erklärte Burkhardt. „Da kommt man um solche

Die Vermummung war auf Spesen gekauft

Methoden nicht herum.“ Was Kay-Uwe C. gemacht habe, sei „ganz selbstverständliche Aufklärung“.

Die Bürgerinitiative dagegen sprach am Mittwoch von einem neuen Versuch, die Atomkraftwerkgegner zu kriminalisieren. Sie erinnern daran, daß schon 1979 einmal Staatschutzbeamte des Landeskriminalamts enttarnt wurden, die sich in eine Göttinger Anti-Kernkraft-Gruppe eingeschlichen, dort befreundliche Gewaltparolen zur Diskussion beigesteuert und sogar gefährliche Waffen angeboten hätten. Dagegen habe sich „Thomas Kalkhoff“ zunächst darauf beschränkt, Informationen zu sammeln. An allen Einzelheiten der Lebensumstände der Braunschweiger Atomgegner habe er

Doch „Thomas Kalkhoff“ band sich ein Tuch vors Gesicht — als einziger aus den Reihen der Braunschweiger Kernkraftgegner. Später löste er sich von dieser Gruppe und marschierte mit anderen zum „Schacht Konrad“, wo er mit Helm, Gasschutzbrille und Arbeitshandschuhen beobachtet wurde, die er ebenso wie ein 30 Meter langes Seil zuvor gegen Quittung in einem Braunschweiger Geschäft erworben hatte. Ein Hannoveraner erkannte ihn dennoch. Einige Tage später stellte ihn bei einer Zusammenkunft in Braunschweig ein Mitglied der Bürgerinitiative eine verfräglich Frage. Er sagte: „Augenblick, ich hole mir gerade ein Bier“, verließ den Raum und kam nicht wieder. Seitdem trägt er eine neue Frisur. Die üppige Dauerwelle, die er während seines Braunschweiger Einsatzes getragen hatte, wurde ihm abgeschnitten.

ECKART SPOO (Hannover)

sich interessiert gezeigt. Bei Diskussionen habe er meist still zugehört, gelegentlich aber mit Verwunderung in der Stimme festgestellt, wie friedlich es doch in diesem Kreise zugehe. Erst in der letzten Besprechung vor der Demonstration in Salzgitter, mehr als sechs Wochen nach seinem Aufsuchen, habe er provozierend eingegriffen, erinnern sich die Braunschweiger Umweltschützer. Da habe er verlangt, die Kundgebungsrede müsse „fetzend“ sein, damit die Teilnehmer motiviert würden, anschließend direkt zum „Schacht Konrad“ weiterzumarschieren und dort „was zu machen“.

Die Stadt Salzgitter hatte die Demonstration mit der Auflage genehmigt, niemand dürfe sich verummnen.